

## Zentralismus der EU

Europa aber unsere Eigenart der Bürgerschulung, wie sie die Abstimmungen in Sachfragen mit sich bringen, zu opfern, scheint uns weder ein Gebot der Stunde noch vom europäischen Pflichtenheft her gefordert zu sein. Wir sind doch nicht schlechtere Europäer, wenn wir alle erwachsenen Stimmbürger zum Durchdenken der politischen Fragen anhalten. Die Kraft Europas wächst nicht nur durch den Abbau von Zollschränken, sondern auch mit dem politischen Urteil, das sich der einzelne Europäer zu bilden vermag.

*Georg Thürer. Eidgenössische Selbstbehauptung und staatspolitische Verantwortung, 1963. In: Gemeinschaft im Staatsleben der Schweiz. Haupt-Verlag 1998, S. 328*

Es kann und darf nicht sein, dass eine europäische Union gleichsam aus einer multinationalen Grossfirma geboren wird und die USA dem Kinde zu Gevatter steht. Es wäre Verrat am Geist Europas, wenn alles Wesentliche erst aus dem Wirtschaftlichen erwachsen würde. Es bedeutet Selbstaufgabe, wenn am Ende des 20. Jahrhunderts, nach dem klaren Fiasko des historischen Materialismus, entsprechend überlebtem Strickmuster noch ein Super-Staat konstruiert würde.

Eine Willensnation Europa kann nur aus den historisch-philosophischen Wurzeln wachsen und gedeihen, aus denen die Menschen und ihr Denken auf diesem Kontinent geworden sind. Die schweizerische Eidgenossenschaft weiss um die Schwierigkeiten, die bei solchen Staatengründungen erwachsen und das komplexe Gebilde durch alle Zeiten in die Zukunft begleiten. Die Vielheit in der Einheit und die Einheit in der Vielheit ist die Grundlage einer anspruchsvollen Staatsform; diese Staatsform muss dauernd wieder geschaffen werden, ist wie die Demokratie nie fertig, sondern zur Fahrt bereit.

*Wolfgang von Wartburg (Hrsg.), Wagnis Schweiz. Die Idee der Schweiz im Wandel der Zeit, Novalis, Schaffhausen 1990, S. 241*

Ob eine Demokratisierung im Rahmen der EU überhaupt möglich ist, sei dahingestellt. In erster Linie fehlt ein Staatsvolk, eine starke, Europa als Ganzes erfassende emotionale Bindung der verschiedenen EU-Nationen. Weil eine solche umfassende Solidarität fehlt, ist die EU im Kerne gefährdet. Es fehlt auch eine öffentliche und veröffentlichte EU-Meinung, die Voraussetzung einer Demokratisierung wäre. Wenn es jedoch zur Demokratisierung käme, würden die Machtverhältnisse in Europa anders verteilt. In einer Demokratie bestimmt grundsätzlich die Mehrheit. Ob sich die Minderheiten der Entscheidung der Mehrheit gefallen lassen, hängt von der Ähnlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie dem gegenseitigen Vertrauen im entsprechenden Staatsgebilde, d. h. der gemeinsamen, hauptsächlich die Entwicklung auch davon ab. Ob ein genügend grosses, breites, gleichartiges Staatsbewusstsein und eine genügend grosse und gleichartige Binnenmoral im Rahmen dieser Grossdemokratie besteht. Angesichts der bisherigen Verhältnisse in Europa muss an einer Demokratie in diesem Sinne im heutigen Zeitpunkt erheblich gezweifelt werden. Gewisse Nationalstaaten z. B. England werden sich dagegen wehren (Demokratisierung der Atommacht, des Vetorechts in der UNO, der Aussenpolitik, Abbau der übergrossen interventionistischen Agrarpolitik, und der protektionistischen Wirtschaftspolitik, Milderung der Rechte des Parlaments in England, Verzicht auf die Währungshegemonie, etc.)

*Hans Baur: EU oder direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 106, 107*

Wenn wir Föderalismus als Bewahrung der Souveränität auf lokaler Ebene definieren, dann stellt die EG wirklich das pure Gegenteil eines föderalen Gebildes dar. Die flächendeckende Gleichschaltung des wirtschaftsrelevanten Rechts in allen Ländern der EG und des EWR stellt wohl die radikalste Beseitigung lokaler Souveränitäten im Laufe der europäischen Geschichte dar. (...) Eine wirkliche europäische Föderation könnte nur aus dem Europarat herauswachsen, der ja seit Jahrzehnten eine europäische Zusammenarbeit ohne Aufgabe der nationalen Souveränitäten betreibt. Die Annahme, die EG werde sich zugunsten einer Integration à la Europarat auflösen, ist absurd. Wahrscheinlicher ist die Variante, dass sich die EG ein demokratisches Make-up verpassen wird. Doch die Möglichkeiten der EG, sich wirklich zu demokratisieren sind gering, selbst wenn der politische Wille dazu bestünde. Mehr Demokratie in der EG würde voraussetzen, mehr Regulierung zuzulassen, d.h. die zentralistische ‚Deregulierung‘ in wirtschaftsrelevanten Bereichen zurückzunehmen. Selbst wenn das EG-Parlament in seinen Kompetenzen aufgewertet würde, es wäre doch nicht genügend demokratisch legitimiert. Jede Nation könnte nur ihre eigenen Abgeordneten wählen. Aus Europa einen einzigen Wahlkreis zu machen, wäre formal zwar demokratischer, aber kaum praktikabel. Wer kennt schon die ParlamentarierInnen aller anderen europäischen Länder und wer könnte schon europaweit Wahlkämpfe führen? Das gleiche gilt für möglichst direktdemokratische Institutionen. Sie wären nur von den mächtigsten und finanzstärksten Gruppen nutzbar. Wie auch immer. Alle Versuche, den Koloss EG zu demokratisieren, werden in eine formale Demokratie auf dem Papier münden, ohne dass dabei die Einflussmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger wirklich wachsen. Demokratie hat etwas mit Grössenverhältnissen zu tun. Wirkliche Demokratie gibt es nur in Gebilden, die für alle noch überschaubar sind und in denen politische Einflussnahme mit vernünftigem Aufwand praktikabel ist. Der neue Superstaat EG ist zu gross, als dass er je eine wirkliche Demokratie werden könnte. (...) Die Bewahrung und Entwicklung von Föderalismus und direkter Demokratie wird so zum wichtigsten Beitrag, den wir SchweizerInnen heute an die internationale Gemeinschaft leisten können.

*Peter Mattmann-Allamand: Heile dich, Helvetia! Plädoyer für das Weiterbestehen der Schweiz. Das öko-logische und weltweit solidarische Nein zur EG. Verlag Gegen-Druck Luzern, 1992, S. 35*

Alle guten Europäer, insbesondere alle guten Schweizer wünschen ein Europa des Friedens, der Freiheit, des Wohlstandes, der sozialen Absicherung für die Schwachen sowie des bewaffneten Schutzes gegen Aggressionen. Im Ziele sind wir teilweise eins. Auch mit den Staaten der EU. Fast ebenso wichtig wie die Ziele sind die Wege zu ihnen. Der Weg ist das Ziel. Der Weg ist teilweise gefährlich und falsch. In diesem Punkt unterscheiden sich die Mehrheit der Schweizer von den Regierungen und Organen der EU. Diese sind auf einem Weg der Bürgerferne, der Staatsgläubigkeit, der Planwirtschaft, des Staatsinterventionismus, der Regulierung und einer Grossmacht-Illusion.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 11*

Der Weg der EU führt zu Wohlstandsverlust, zum Unfrieden, zu Unfreiheit und zuletzt zu sozialen Spannungen und Wirren der europäischen Völker unter sich. Nicht nur der Weg ist falsch, auch das Tempo ist weit übersetzt. Die EU will ihr Werk in 20 und 30 Jahren schaffen, was angesichts der historischen Vorbelastungen und nationalen Gefühle der Völker unmöglich ist. Wenn die EU gelingen soll, bedarf sie Jahrzehnte einer freiheitlichen Entwicklung

als Staatenbund. Die politischen Eliten der EU sind sich des falschen Weges und des übersetzten Tempos teilweise bewusst. Darum wagen sie nicht, ihre Völker in diesem Prozess voll einzubeziehen (z.B. Abstimmungen über die Einführung des Euro). Die Regierungen der EU haben kein Vertrauen zu ihrem Volk. Dieser Weg der EU an ihren Völkern vorbei ist für die nüchternen und mündigen Schweizer mit ihrer direkten Demokratie nicht begehbar. *Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 11*

Die EU ist in vielen Teilen das Gegenteil der Schweiz. Fast alle 15 EU-Staaten sind ehemalige «Grossmächte» oder Kolonialmächte. Alle sind im Kern repräsentative Demokratien mit ihren bereits erwähnten Nachteilen. Die führenden Mächte waren ehemalige Monarchien. Sie, insbesondere Frankreich, haben traditionell einen Hang zum Zentralismus. Von oben wird dekretiert und die Rechtsgenossen des ganzen Reiches müssen sich unterziehen. Das Grundverhalten der Völker der EU-Staaten ist hierarchischer geprägt als jenes des Schweizervolkes. Keiner dieser 15 Staaten bildet eine direkte Demokratie mit oberster Volkssouveränität, die während Jahrhunderten auf die Machtausübung nach aussen verzichtet hat. *Hans Baur EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 83*

Die EU ist ein überstaatliches «supranationales» grosses Gebilde. Frankreich will sich mit der EU die Wirtschaftskraft Deutschlands dienstbar machen. Deutschland will sich mit seinem schlechten Gewissen unter dem Deckmantel der EU eine angemessene politische Stellung schaffen, ohne sich selbst, seine Nachbarn und Europa in Angst zu versetzen. Deutschland soll eingebunden werden. Die EU wird im Kern von Mächten gebildet, die erklärermassen und gemäss ihrer jahrhundertealten Geschichte Einfluss über ihre Grenzen hinaus in der halben Welt ausüben wollen. (Vetorecht in der UNO, ständige Mitgliedschaft im Sicherheitsrat, Atommacht, Eurokorps, schnelle Eingreifstruppe, Berufsmilitär, Ordnungsmacht, Aufrechterhaltung von restlichen Kolonien, Protektionismus in subtiler Form, Ausspielen der Grossmacht, etc.). Der Präsident der EU-Kommission Jacques Santer hat erklärt: «Wir besitzen nun die Massnahmen und Instrumente, um die Führungsrolle in der Welt zu festigen». Dazu passt, was Bernard Connolly, ein ehemaliger Spitzenbeamter der EU-Kommission, in einem Interview erklärt: «In Delors Schriften und Reden kommt immer wieder zum Ausdruck, dass die europäische Union einen Schutzwall gegen die kulturelle Zerstörung durch Amerika und Asien darstellt. In seinen Ideen schwingt die Vorstellung einer überlegenen europäischen Kultur mit.» Die FAZ spricht von der Euro- und Grossmachtillusion Frankreichs. Ralf Dahendorf urteilt: «Supermacht, Einbindung Deutschlands, soziale Demokratie und einheitlicher Wirtschaftsraum. Mit einem Schuss Festung Europa – das sind die wichtigsten Gründe für die EU heute». Solche Führungsaufgaben einer Grossmacht soll wahrscheinlich nach der Geschichte ihrer Mitglieder, der Grösse ihrer Macht und des Ehrgeizes ihrer Spitzenpolitiker die EU übernehmen. Darum soll längerfristig die WEU in EU integriert werden.

*Hans Baur: EU oder direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 83f*

Die Philosophie, die hinter dem Wirtschaftskonzept der EG steht, ist rund 200 Jahre alt. Wir kennen ihre bisherigen Resultate. Die zukünftigen sind abschätzbar. Das wirtschaftliche Konzept der EG wird meistens mit dem Schlagwort «Deregulierung» zusammengefasst. Was wird darunter verstanden? Das gesamte Rechtssystem wird darauf ausgerichtet, dass

alle Hemmnisse wegfallen, die die freie Konkurrenz auf einem gemeinsamen europäischen Markt behindern. Die ‹vier Freiheiten› – der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen – bedeuten deshalb zunächst nur Freiheit auf ungehemmte Konkurrenz. Wirkliche Freiheit bringt die Deregulierung nur jenen, die sich gegen die Konkurrenz auf dem Markt durchsetzen können, d.h. den stärksten und mächtigsten Teilnehmern am Wirtschaftsprozess. Freiheit für die Starken bedeutet meistens Unfreiheit für die Schwächeren, d.h. für jene, die in der Konkurrenz auf dem Markt unterliegen. Die Deregulierung ist in einer relativ krisenarmen Wirtschaft ein Mittel, um ein Ziel zu erreichen, das sonst nur die wirtschaftliche Krise bewerkstelligen kann: eine ‹Strukturbereinigung›, einen weiteren Schub der Konzentration des Kapitals. Alles, was zu wenig produktiv ist, muss eingehen und wird von den grossen multinationalen Konzernen einverleibt und ‹rationalisiert›. Der wirtschaftliche Konzentrationsprozess führt seinem Wesen her immer zu mehr Ungleichheit, zur Hierarchisierung der Gesellschaft.

*Peter Mattmann-Allamand: Heile dich, Helvetia! Plädoyer für das Weiterbestehen der Schweiz. Das öko-logische und weltweit solidarische Nein zur EG. Verlag Gegen-Druck Luzern, 1992, S. 52*